

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Die neue solidarische Mitte als politischer Auftrag: Eine Projektkooperation zwischen überparteilicher Grundlagenfor- schung und konkreter, politischer Alltagsarbeit

- **Geldvermögen und Staatsschulden sind seit 1995 im Jahresdurchschnitt um ca. 6,7 % gestiegen, während die Gehälter jährlich um ca. 2,2 % angehoben wurden.**
- **Das Vertrauen in die Politik sinkt nachweislich dramatisch.**
- **Zeitenwende und Dienstleistungszeitalter sind Begriffe, mit denen überraschend viele Menschen etwas anfangen können.**
- **Subjektiv definierte Lebensqualität wird zunehmend wichtiger.**
- **Der Großteil der Bevölkerung fühlt sich dem Mittelstand zugehörig.**
- **Eine überraschend kleine Minderheit ist grundsätzlich gegen eine Vermögenssteuer.**

Aus Sicht der Bevölkerung ist die Politik gefordert

- **Verwaltungsreform ist notwendig, Vermögenssteuer soll kommen**
- **Österreich als Nachzügler der Gehaltsentwicklung in Europa**

Erste Themen: Verwaltungsreform und Vermögenssteuer

Institutsleiter Prof. Peter Zellmann:

„Es bleibt abzuwarten, ob die Medien über den Verlauf dieses Projekts berichten und dadurch mithilfe ihrer meist berechtigten Kritik am Politikstil der Gegenwart auch konkrete Lösungsansätze gegenüber zu stellen.“

Seit Jahren erhebt unser Institut Daten zur Lebensstil- und Zukunftsforschung. Die Bedürfnislage der Menschen soll in den daraus abgeleiteten Analysen und Studien als Grundlage für Entscheidungen in Politik und Wirtschaft dienen. Im Buch "Die Zukunft der Arbeit" (Zellmann, 2010) haben wir eine Zusammenfassung in Hinblick auf den sich stark verändernden Arbeitsmarkt gegeben. Die "Politik" hat diesen Anregungen durch Einladungen zu Klausuren, Jahreshauptversammlungen und Symposien zwar indirekt Rechnung getragen. Konkret geschehen ist wenig, verändert hat sich kaum etwas.

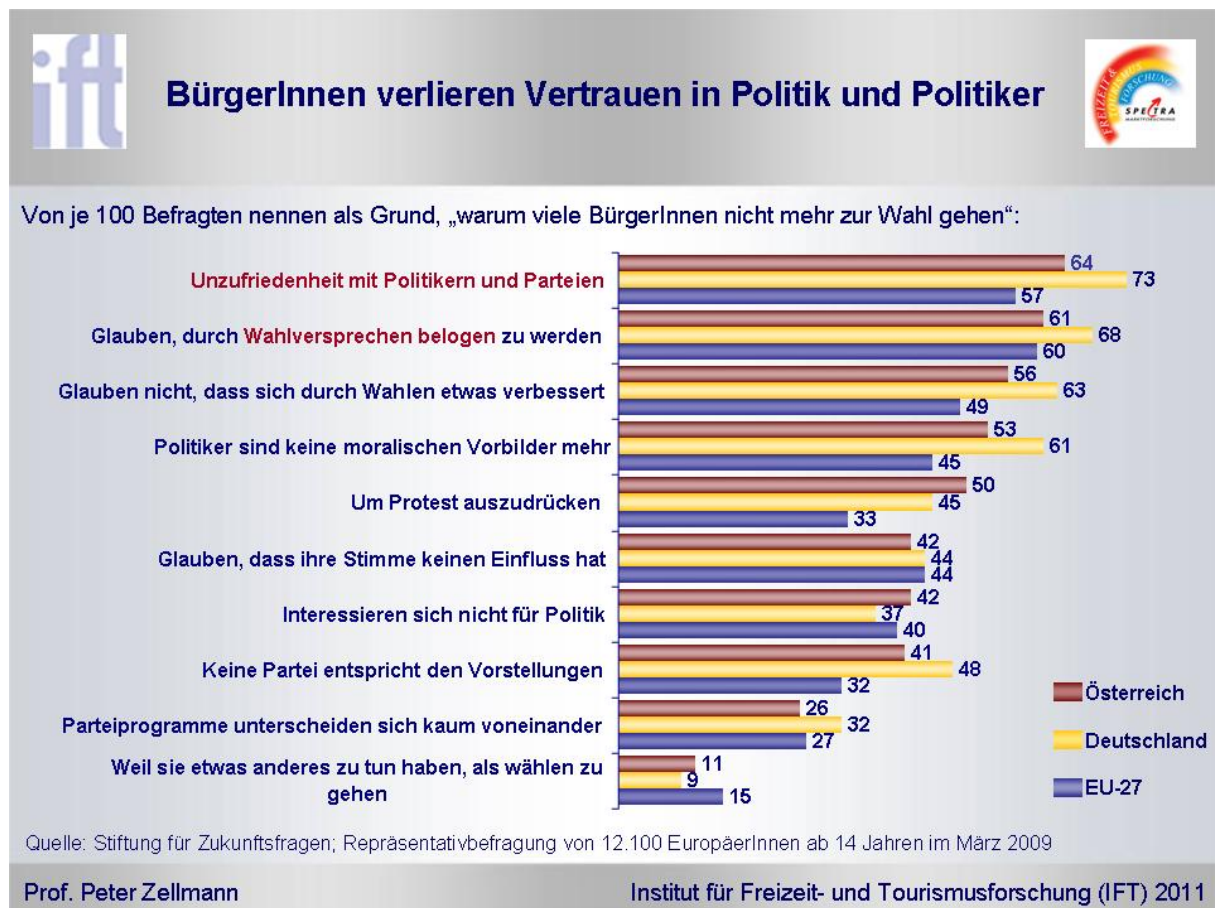
Der LHStv. von Niederösterreich, Dr. Sepp Leitner, hat uns nun einen interessanten, wie wir meinen innovativen, Vorschlag gemacht. Er möchte diese Ergebnisse mehr als bisher in seine konkrete politische Arbeit aufnehmen. Wir liefern die wissenschaftlich erfassten Grundlagen; die Interpretation und Zukunftstauglichkeit der Maßnahmen werden von ihm laufend und nachweislich (!?) zu einem neuen politischen Weg verdichtet.

Nicht links / rechts, nicht Polarisierung und Blockade, sondern richtig und falsch sollen zur neuen Kultur der politischen Entscheidungsfindung führen. Nicht Kompromiss, sondern Konsens in Hinblick auf wichtige und richtige Erkenntnisse bringen Politik und Wirtschaft und damit die Gesellschaft weiter.

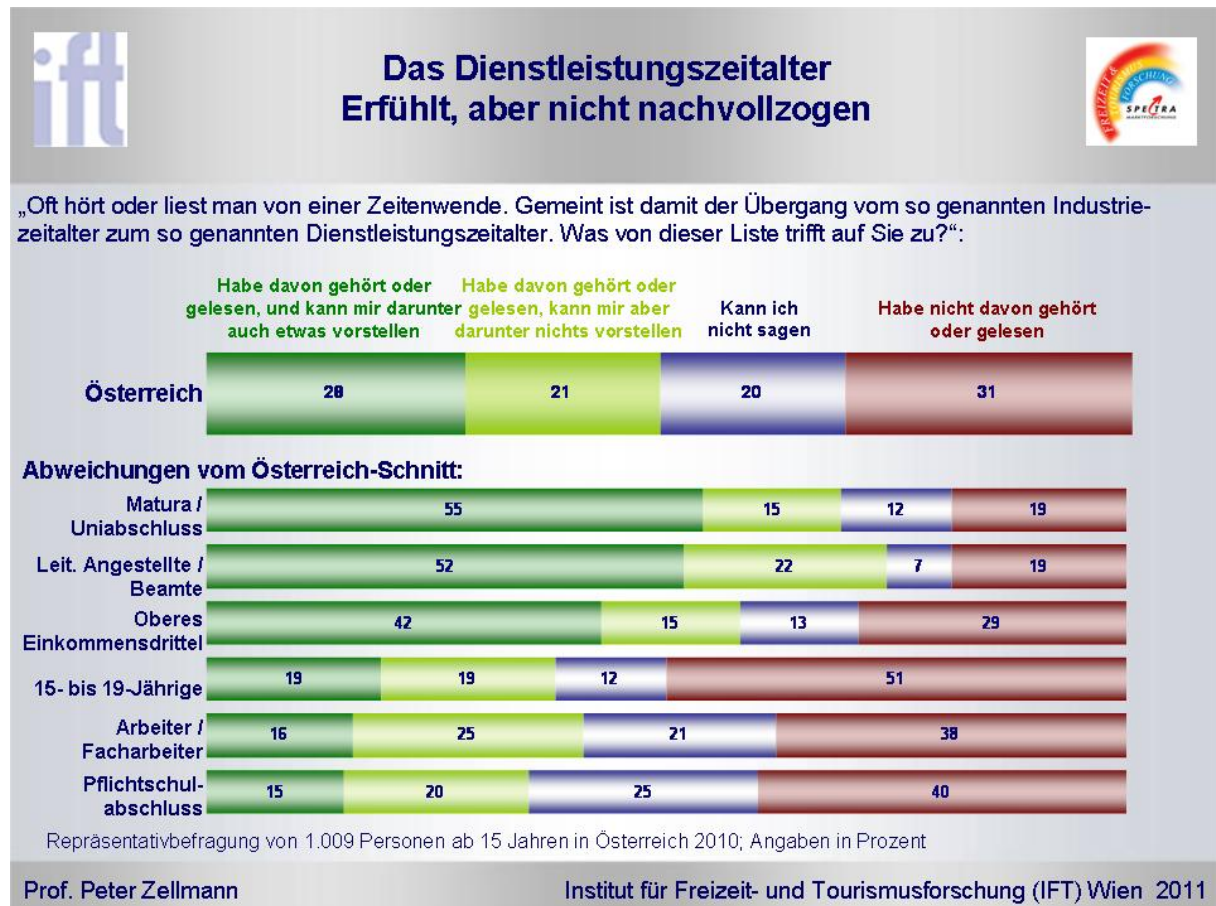
Eine nunmehr gestartete Reihe von Pressegesprächen soll alle Interessierten in den nächsten Monaten darüber auf dem Laufenden halten. Der Auftakt dieses Projekts erfolgte mit einer Pressekonferenz am 19.10.2011.

Wir wollen die in den letzten Monaten und Jahren erhobenen Zahlen, Fakten und Grundlagen für eine Neuorientierung der Politik in Form grafischer Darstellungen zusammenfassen:

1. Das Vertrauen in die Politik sinkt nachweislich dramatisch.

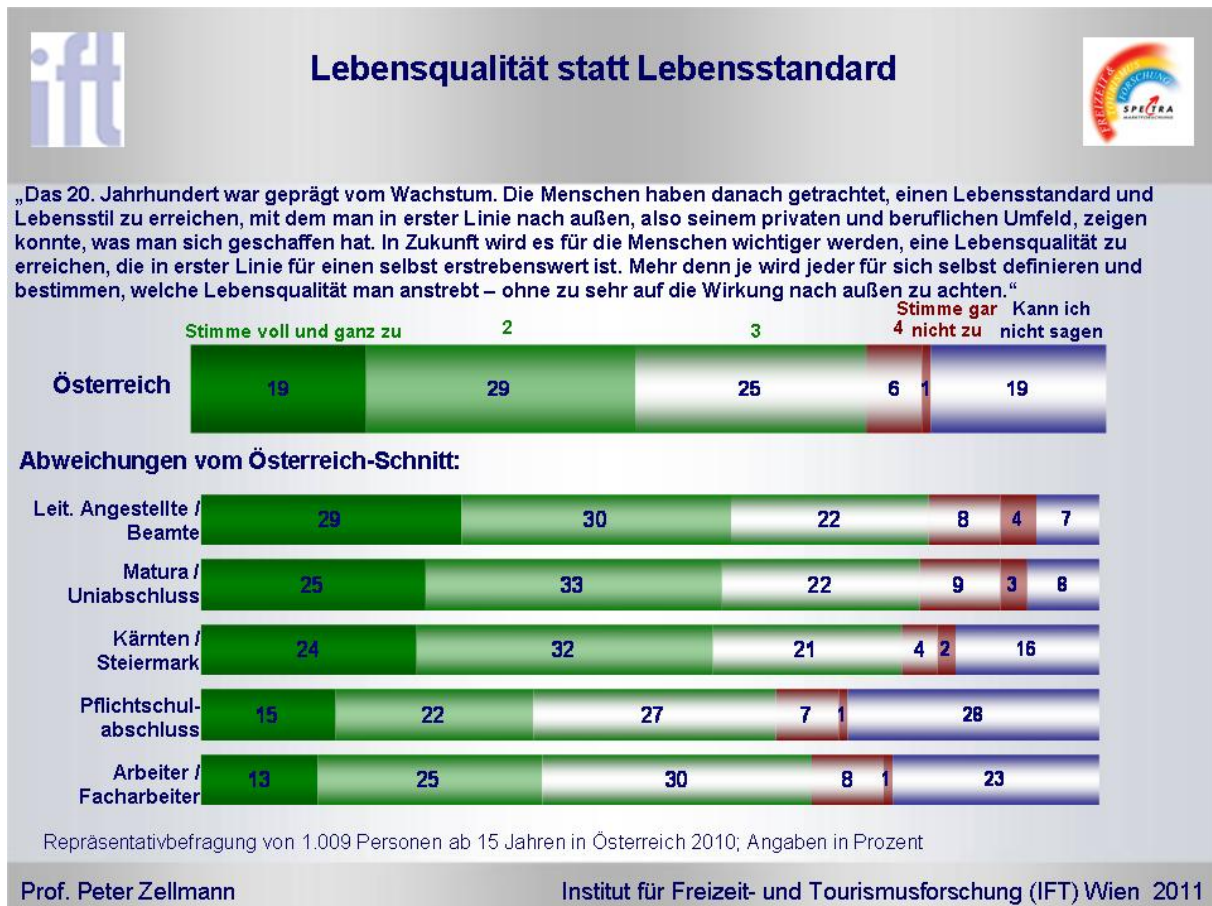


2. Zeitenwende und Dienstleistungszeitalter sind Begriffe, mit denen überraschend viele Menschen etwas anfangen können

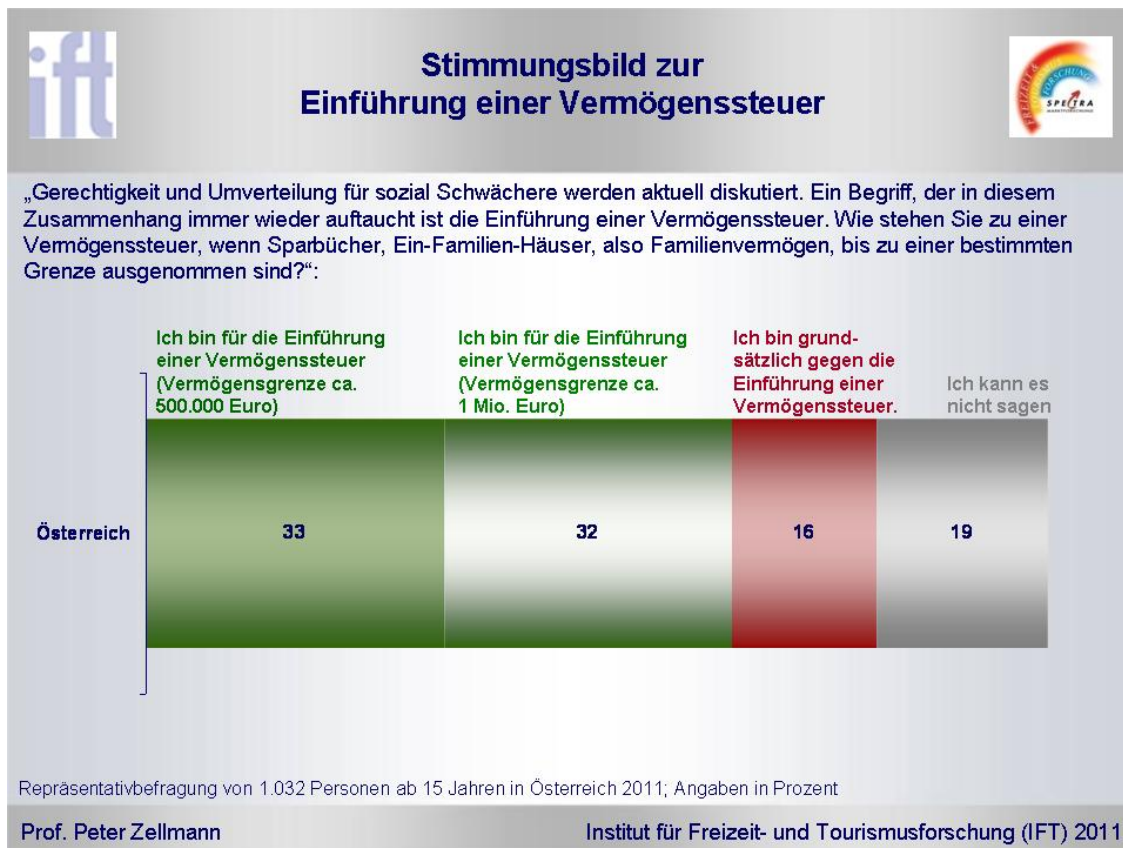


3. Subjektiv definierte Lebensqualität wird zunehmend wichtiger als der herzeigbare Lebensstandard des Industriezeitalters.

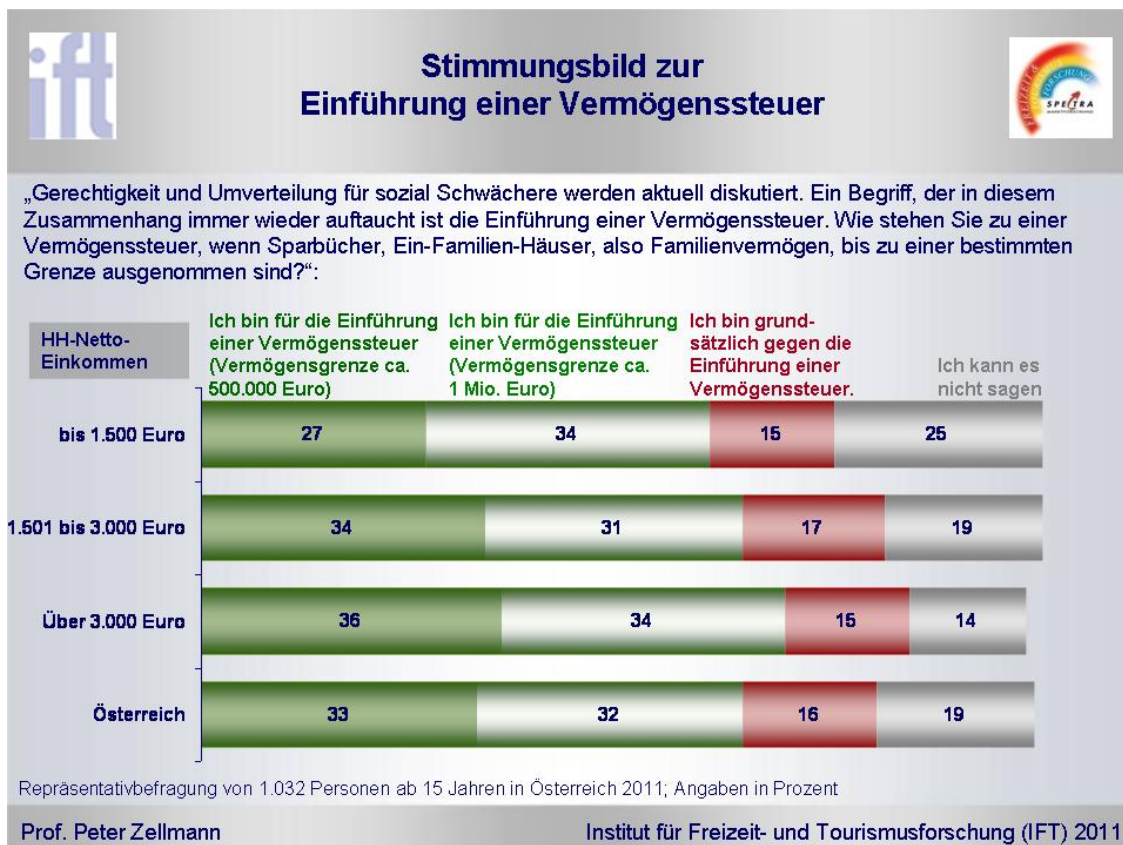
Auch wenn es in der Bevölkerung noch viele arme Menschen gibt, die unter bzw. an der Armutsgrenze leben, ist es klar als nachgewiesener gesellschaftlicher Fortschritt zu bezeichnen, dass sich mehr als 2/3 der Bevölkerung eine solche Lebensplanung jenseits von Existenzängsten und -sorgen leisten können. Diese Bevölkerungsmehrheit bezeichnen wir als neue solidarische Mitte. Solidarisch deswegen, weil es Aufgabe einer derart entwickelten Wohlstandsgesellschaft sein muss, ihren Armen sukzessive einen Anschluss an diesen Wohlstand zu ermöglichen.



5. Eine überraschend kleine Minderheit ist grundsätzlich gegen eine Vermögenssteuer



5.1 Noch überraschender ist die noch höhere Zustimmung der oberen Einkommenschichten



6. Die Politik ist gefordert

LHStv. Dr. Sepp Leitner (NÖ):

Verwaltungsreform ist notwendig; Vermögenssteuer soll kommen

- **Die Bevölkerung hat ein Grundbedürfnis, dass die Verwaltung effizienter, sparsamer und bürgernäher wird. Einsparungspotenziale sollen für Zukunftsfelder genutzt werden**
- **Wir müssen mit der Einführung einer Reichen- bzw. Vermögenssteuer mehr Steuergerechtigkeit schaffen, um dringende Reformen in den Bereichen Pflege, Gesundheit und Bildung durchführen zu können.**

LHStv. Dr. Sepp Leitner sah die Pressekonferenz am 19.10.2011 als einen Auftakt für eine intensive Kooperation mit unserem Institut: „Die Aussagen von Prof. Zellmann zeigen den Reformbedarf in sämtlichen Politikfeldern. Viele Menschen finden sich im Mittelstand wieder, egal ob sie ArbeiterInnen, Angestellte oder BeamtInnen sind - sie wollen, dass die Politik die nötigen Veränderungen umsetzt. Dazu brauchen wir aber keine ideologischen Grabenkämpfe, sondern eine Neugestaltung der individuellen Lebensqualität. Solidarität und Gerechtigkeit müssen dabei im Mittelpunkt stehen.“

„Die sinnvoller Weise so bezeichnete, neue solidarische Mitte setzt auf individuelle Lebensqualität“, so Leitner. Die Gesellschaft hat sich weiterentwickelt, d.h. sie ist vielfältiger und komplexer geworden. Diese neue solidarische Mitte ist „nach links“ gerückt (vgl. Schirrmacher 2011) - Vorstellungen wie Gerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit sind den Menschen wichtig. Es muss daher darum gehen, im Bereich der Verwaltung einzusparen und Verbesserungsmaßnahmen zu setzen, um für die Neugestaltung der individuellen Lebensqualität ausreichend Geld zur Verfügung zu haben. Die Politik muss Lösungen für die Mitte anbieten.

Zum Thema **Verwaltungsreform** meint Sepp Leitner: *„Die Bevölkerung hat ein Grundbedürfnis, dass die Verwaltung effizienter, sparsamer und bürgernäher wird. Einsparungspotenziale sollen für Zukunftsfelder genutzt werden, z.B. für die Bereiche Bildung, Forschung und Pflege“*.

Einsparungspotenzial besteht beispielsweise auf Ebene der Bezirkshauptmannschaften (z.B. durch Zusammenschlüsse mit Magistraten oder anderen Bezirkshauptmannschaften).

Weiters sollen Aufgaben- und Ausgabenverantwortlichkeit zusammengeführt werden. So könne etwa die Kinderbetreuung sowohl finanziell als auch organisatorisch von den Gemeinden übernommen werden, im Gegensatz solle die Finanzierung der Spitäler von den Ländern und dem Bund zur Gänze übernommen werden, schlägt LHStv. Dr. Leitner vor, der auch ein gewaltiges Potenzial in der Harmonisierung von Gesetzen sieht.

Es gibt ein nachweisbares Bedürfnis in der Bevölkerung, dass auch die Politik einen Beitrag zum Sparen leistet. Denn, es geht nicht nur darum bei der Verwaltung etwas zu tun, sondern auch in der Politik selbst muss gespart werden. Mögliches Einsparungspotenzial bietet die Reduzierung der Personenanzahl in den Landesregierungen.

„Weiters muss die Debatte um den Bundesrat beendet werden: Entweder müssen innerhalb einer Frist neue und sinnvolle Aufgaben für den Bundesrat definiert werden oder der Bundesrat muss abgeschafft werden“, meint Sepp Leitner.

Neben der erforderlichen Verwaltungsreform überzeugt den Politiker Leitner den klar nachgewiesenen Wunsch nach einer **Vermögenssteuer**.

Die Voraussetzung: Von einem Gesamtvermögen von geschätzt 1.300 Mrd. Euro konzentrieren sich rund 2/3 auf 10 % der Bevölkerung. Nur einem Prozent der Bevölkerung - also den Superreichen - gehört mehr als ein Drittel aller Vermögen in Österreich.

Noch ein interessanter Zusammenhang:

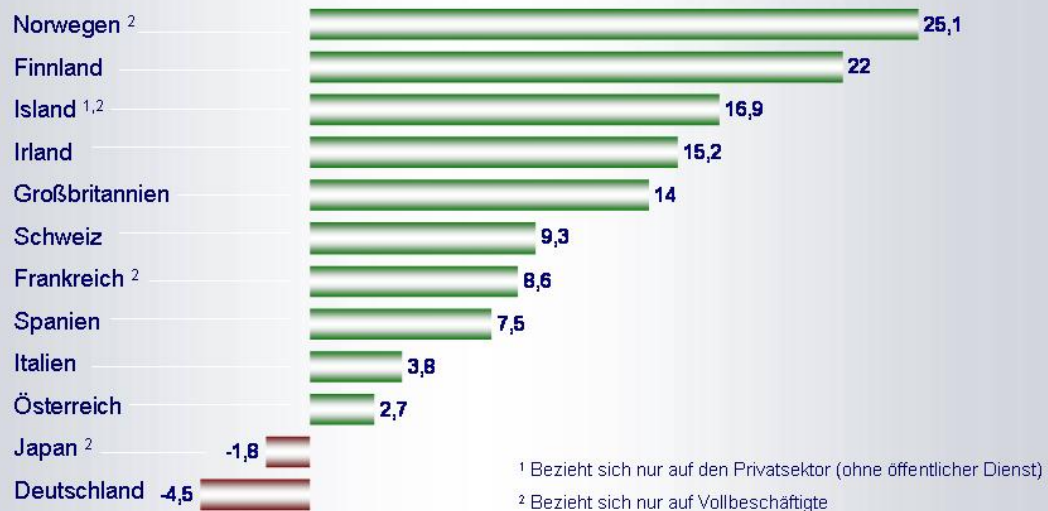
Das Geldvermögen ist in Österreich von 1980 bis 2010 im Schnitt um ca. 6,7 % gestiegen. Auch die Schulden der Republik Österreich sind von 1980 bis 2010 annähernd in derselben Höhe gestiegen. Die Gehälter stiegen seit 1995 jedoch nur durchschnittlich um ca. 2,2 %. Dieses Faktum ist in der breiten Öffentlichkeit bisher noch nicht diskutiert worden.

Dazu geht die Gehaltsschere zwischen den Gehaltsgruppen stark auseinander, Dr. Leitner: *„Wir müssen mit der Einführung einer Reichen- bzw. Vermögenssteuer mehr Steuergerechtigkeit schaffen, um dringende Reformen in den Bereichen Pflege, Gesundheit und Bildung durchführen zu können. Beschäftigte müssen ebenso ihren gerechten Anteil an den Erträgen der Unternehmen haben. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit müssen die ArbeitnehmerInnen auch steuerlich entlastet werden, Bestverdiener müssen eben einen höheren solidarischen Beitrag in Form von Steuern leisten!“*

6.1 Die Entwicklung der Gehälter in Europa weist uns mittlerweile als Verlierer der Wohlstandsentwicklung aus.

Dieser Entwicklung gilt es durch entsprechende Maßnahmen gegenzusteuern.

Lohn- und Gehaltsentwicklung in 12 Ländern 2000 bis 2009 (kulminierte Wachstum in %, alle Angaben sind inflationsbereinigt):



Quelle: ILO Global Database 2010/11, auf Grundlage von Angaben der nationalen statistischen Ämter, Der Standard 16.12.2010

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) Wien 2011

Resümee:

Die Politik muss jetzt den Mut haben, die entsprechenden Schritte zu setzen. Nachgewiesen ist der Wunsch der Bevölkerung die Vermögen zu belasten und zu besteuern, den Staatshaushalt nicht weiter zu belasten, mittelfristig sogar zu entlasten. Als Konsequenz aus dieser Politik müssen die ArbeitnehmerInnen steuerlich entlastet und damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Literaturhinweise

Schirmacher, Frank (2011): „Zu viel Gier ist schlecht“. Interview im Profil, Nr. 42; 17.10.2011.

Schirmacher, Frank (2011): „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. FAZ, 15.8.2011

Zellmann, Peter (2010): Die Zukunft der Arbeit. Molden. Wien.